

Antworten der Parteien auf die Forderungen der LAK Niedersachsen zur Landtagswahl 2022

These	FDP	Linke	Grüne	SPD	CDU
1. Eine Stärkung der demokratischen Teilhabe aller Statusgruppen an der Hochschule sowie die Schaffung einer Viertel-Parität im akademischen Senat, braucht es in einer kommenden Novellierung	-	✓	✓	?	-
2. Um eine Unabhängigkeit der Hochschulen und der Wissenschaft zu gewährleisten, muss eine stabile Grundfinanzierung aus Landesmitteln sichergestellt sein.	✓	✓	✓	✓	✓
3. Wir fordern eine Erhöhung der Landeszuschüsse für die niedersächsischen Studentenwerke mit einem jährlichen Anstieg dieser Zuschüsse. Ausgleichend muss daraufhin der studentische Beitrag für die Studentenwerken gesenkt werden.	✓	✓	✓	✓	-
4. Wir fordern einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte. Darin sollen Urlaubs- und Lohnerhöhungsansprüche geregelt sein. Außerdem muss es ein Ende von Kettenbefristungen geben.	-	✓	✓	✓	✗
5. Die Kosten für die lokalen und das landesweite Semester Ticket stellen den mit Abstand größten Anteil an den studentischen Beiträgen dar. Um die ohnehin finanziell schlecht gestellte Gruppe der Studierenden zu entlasten, fordern wir die Implementierung einer Förderung dieses Tickets durch das Land.	✓	✓	?	?	?

Legende:

✓ Ja
 ✗ Nein
 - Enthaltung
 ? Keine Antwort

Grüne Wahlprogramm : https://www.gruene-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/04/Gruener-Wahlprogrammwurf-2022_web.pdf

SPD Regierungsprogramm: https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/06/SPD_NDS_LTW_Regierungsprogramm_2022-2022_K2.pdf

FDP Wahlprogramm: <https://fdp-nds.de/landtagswahlprogramm>

CDU Regierungsprogramm: https://cdu-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/07/Regierungsprogramm_2022-2027_web.pdf

Linke Wahlprogramm: <https://bundescloud.die-linke.de/index.php/s/jQBQMwKWwCe7KP6>

Rückmeldungen zu unseren Wahlprüfsteinen:

Linke

NHG

Den Forderungen der LAK Niedersachsen können wir uneingeschränkt zustimmen. Mehr noch, auch Verwaltungsgebühren sollten nicht länger auf Studierende abgewälzt werden. Studierende müssen als prekäre Gruppe mit sozialen Rechten ernst genommen werden. Dazu zählt auch die bessere Finanzierung von Studierendenwerken sowie die Ausweitung von günstigen Wohnungen für Studierende. Das Studium darf weder durch finanziellen Druck, noch durch Leistungsdruck geprägt sein. Es sollte alle Freiheiten dazu bieten, ja sogar dazu anregen, sich frei von jeglichen Verwertungsdruck gemeinsam frei zu entfalten. Wir brauchen mündige und kluge Menschen, wollen wir die großen Fragen unserer Zeit bewältigen.

Finanzierung

Volle Zustimmung. Damit Wissenschaft und Forschung wirklich frei sich sinnvollen Fragen widmen können, müssen sie aus der

Abhängigkeit von privaten Drittmittelgebern raus. Hochschulen gehören dafür ausfinanziert. Mehr noch: Es braucht eine verbindliche Verankerung einer Transparenz- sowie Zivilklausel damit Wissenschaft sich zivilen Zwecken zuwenden kann.

Studiwerke

Zustimmung. Studierendenwerke gibt es zudem nur, weil sie vor vielen Jahren von Studierenden erkämpft wurden. Auch die Frage der Erweiterung von studentischer Mitbestimmung sollte gestellt werden.

Arbeitsbedingungen

Dem können wir uns vollumfänglich anschließen.

Mobilität

Ebenfalls Zustimmung. Der ÖPNV gehört zudem insgesamt ausgebaut und vergünstigt. Wir brauchen einen ticketfreien, taktstarken und klimaschonenden Nahverkehr.

FDP

NHG

Für uns Freie Demokraten sind die Bestrebungen hin zu mehr Hochschulautonomie besonders wichtig. Die niedersächsischen Hochschulen sollen mehr Autonomie und mehr Gestaltungsfreiheiten erhalten, denn Hochschulen sind keine nachgeordneten Behörden der Ministerien. Wir fordern, dass die Hochschulen im Rahmen der geltenden Gesetze und ethischen Grenzen autonom über den Inhalt von Lehre und Forschung bestimmen. Durch eine erneute Gesetzesnovelle wollen wir das Niedersächsische Hochschulgesetz zu einem echten Hochschulfreiheitsgesetz machen. Besonders in den Bereichen Finanzen, Personal, Organisation und Bau wollen wir den Hochschulen mehr Autonomie ermöglichen. Autonomie und Demokratie sind dabei - auch in anderen Bundesländern - keine Gegensätze. Wir wollen ein wettbewerbsfähiges Hochschulrecht, das Mitbestimmung einschließt. Ferner wollen wir allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft eine Möglichkeit zum Studieren geben. Für uns zählt nicht Herkunft, sondern Leistung. Wir wollen bessere

Fördermöglichkeiten für Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus einkommensschwachen Haushalten schaffen und begrüßen die auf Bundesebene geplante Anhebung der Minijob-Grenzen und die BAföG-Reform. In der letzten Wahlperiode des Landtages hat die FDP-Landtagsfraktion in der Drucksache 18/8490 einige Beiträge für unser gesellschaftliches Aufstiegsversprechen in den Landtag eingebracht. Dies schließt auch eine mögliche Senkung der Verwaltungskostenbeiträge ein.

Finanzierung

Die globale Minderausgabe im Hochschulbereich durch die Große Koalition war ein schwerer Fehler. Für uns Freie Demokraten sind moderne und beste Forschungsbedingungen die Grundlage für Innovation und Fortschritt in unserem Land. Deshalb fordern wir eine verlässliche Grundfinanzierung der niedersächsischen Hochschulen. Dem Sanierungsstau an den Hochschulen wollen wir durch eine Investitionsoffensive entgegenwirken. Grundlage für den Abbau des Sanierungs- und Modernisierungsstaus ist eine transparente Vermögenserfassung, die eine bessere Planbarkeit und eine Priorisierung von Investitionsmaßnahmen für die Hochschulen ermöglicht. In diesem Zusammenhang muss auch der Hochschulentwicklungsvertrag ab dem Jahr 2024 zu einem längerfristigen Hochschulrahmenvertrag umgebaut werden, der den Hochschulen in den Bereichen Grundfinanzierung, Sanierung und Digitalisierung mehr Planungssicherheit gibt. Die herausragende Rolle der Hochschulen für wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt muss sich auch in der Haushaltspolitik des Landes widerspiegeln. Daher müssen Landeszuschüsse auch den Mehrbedarf aus Tarif- und Besoldungsrunden sowie einen pauschalen Inflationsausgleich für das Sachmittelbudget berücksichtigen. Alle Förderprogramme des Landes für die Verbesserung der Hochschullehre sollen den Hochschulen grundsätzlich unabhängig von ihrer Trägerschaft offenstehen. Ferner streben wir an, den Hochschulen volle finanzielle Hoheit über einmal ausgezahlte Landesmittel zu geben.

Studiwerke

Die wichtige Arbeit der Studierendenwerke zum Wohle der Studierenden schätzen wir sehr. Die finanziellen Zuschüsse an die Studierendenwerke wollen wir mittelfristig erhöhen, auch um nationale Studierende bei den Wohnkosten zu entlasten und internationalen Studierenden ein gutes Wohnangebot machen zu können. Die Zusammenarbeit mit den Studentenwerken wollen wir vertiefen, insbesondere im Bereich der mentalen Gesundheit von Studierenden und bei Programmen zur Studienstarthilfe.

Gute

Arbeit

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeitssituation für die Beschäftigten im Hochschulwesen verbessern. Auch in anderen Bereichen des Wissenschaftsbetriebes treten wir für bessere Arbeitsbedingungen ein. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene für eine Reform der Befristungsregelungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz einsetzen. Für studentische Beschäftigte sind wir grundsätzlich bereit in einen Dialog über einen Tarifvertrag einzutreten.

Mobilität

Wir setzen uns für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV in Niedersachsen ein. Wir wollen die Zukunft der Mobilität mitgestalten und hierfür eine zukunftsweisende, umweltfreundliche, preiswerte und sichere Mobilität schaffen. Das aktuelle Azubi-Ticket der Großen Koalition ist eine Mogelpackung, die wir durch eine attraktive landesweite Mobilitätslösung für Studierende und Azubis ersetzen wollen.

Grüne:

1. Eine Stärkung der demokratischen Teilhabe aller Statusgruppen an der Hochschule sowie die Schaffung einer Viertel-Parität im akademischen Senat, braucht es in einer kommenden Novellierung

Hochschulen leben von einer aktiven demokratischen Kultur und einer funktionierenden akademischen Selbstverwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die an den Hochschulen lehren, arbeiten und studieren, die Chance haben, sich zu beteiligen. Hierzu gehört insbesondere auch die Mitbestimmung von Studierenden einschließlich der Promotionsstudierenden.

Wir streben in allen Bereichen der Hochschulpolitik mehr Beteiligungsrechte für Studierende und Beschäftigte an. Die Rolle der Gremien, insbesondere des Fakultätsrates und des Senates, wollen wir stärken. Darüber hinaus wollen wir Studium und Lehre besser in den Hochschulpräsidien verankern.

Unser Ziel ist die Gestaltung von guten Bedingungen in Studium und Lehre. Hierfür sind die noch unter grüner Regierungsbeteiligung von 2013 bis 2017 eingeführten Studienqualitätsmittel auch zukünftig ein wichtiges Instrument, um die Studienbedingungen weiter zu verbessern. Wir wollen, dass die Studierenden wieder maßgeblich darüber entscheiden können, wie diese Mittel verwendet werden. Zudem sorgen wir dafür, dass die Mittel tatsächlich für die Verbesserung der Studienqualität und der Lehre eingesetzt werden und nicht fehlende Mittel für die Bauunterhaltung kompensieren müssen.

2. Um eine Unabhängigkeit der Hochschulen und der Wissenschaft zu gewährleisten, muss eine stabile Grundfinanzierung aus Landesmitteln sichergestellt sein. Dazu ist es unerlässlich, dass Hochschulen – ähnlich wie Schulen – von der Globalen Minderausgabe ausgenommen werden und diese Sparmaßnahmen umgehend rückgängig gemacht werden.

Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschulentwicklungsvertrages unterlaufen, den Hochschulen Handlungsspielraum genommen und viel Vertrauen verspielt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt. Wir streben an, die Finanzierung der Hochschulen weniger auf Drittmitteln aufzubauen, sondern mehr auf der staatlichen Grundfinanzierung. Hierzu gehört auch eine verlässliche landesseitige Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln, damit niedersächsische Hochschulen an diesen bestmöglich partizipieren können.

An den Hochschulen gibt es einen gewaltigen Investitionsstau – sowohl im Bereich des Gebäudebestandes als auch bei notwendigen Neubauten. Dieser bedeutet nicht nur eine Herausforderung für die Sicherung des Studien- und Forschungsbetriebes, sondern ist auch aus Gründen des Klimaschutzes nicht länger zu akzeptieren. Denn ein großer Teil der Landesliegenschaften sind Hochschulgebäude, die wiederum einen hohen Anteil am Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase der Landesverwaltung haben. Unser Ziel ist es daher, Hochschulen zu Reallaboren des Wandels zu machen: von einer stärkeren und breiteren Verankerung nachhaltiger Studieninhalte und der Einrichtung neuer Klimaschutz-Professuren über den Auf- und Ausbau von Green Offices bis zum Hochschulbau. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine klimagerechte Gebäudesanierung sowie nachhaltige Energiekonzepte an

allen Hochschulstandorten ein. Diese Maßnahmen können eine Strahlkraft weit über den Campus hinaus entfalten. Finanziert werden sollen diese Zukunftsinvestitionen über den Niedersachsenfonds und Landesgesellschaften. Auch für den Neubau der Hochschulkliniken in Hannover und Göttingen wollen wir einen bestmöglichen Klimastandard erreichen und die graue Energie durch nachhaltige Baumaterialien reduzieren. Die erforderlichen Mittel werden aus dem Niedersachsenfond bereitgestellt.

3. Wir fordern eine Erhöhung der Landeszuschüsse für die niedersächsischen Studentenwerke auf mindesten 25% des Studentenwerks-Haushalt – mit einem jährlichen Anstieg von mindestens 3% dieser Zuschüsse. Ausgleichend muss daraufhin der studentische Beitrag für die Studentenwerken gesenkt werden.

Für ein erfolgreiches Studium braucht es mehr als gut ausgestattete Hochschulen. Gerade Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten sind auf eine funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen. Insbesondere durch die Folgen der Covid-19-Pandemie ist zudem der Bedarf für die psychosoziale Unterstützung von Studierenden und damit für entsprechende Angebote der Studierendenwerke gestiegen. Dennoch sind die Landesmittel für die Studierendenwerke seit 2014 nicht mehr angehoben worden, obwohl die Zahl der Studierenden zeitgleich deutlich gestiegen ist. Die Kosten der Studierendenwerke decken die Studierenden nun zu einem immer größeren Teil selbst. So ist es nicht verwunderlich, dass viele der Hochschulen mit den höchsten Semesterbeiträgen deutschlandweit in Niedersachsen liegen. Wir GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Studierendenwerke und zusätzlichen günstigen Wohnraum für Studierende ein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Studierenden nicht über Gebühr

belastet werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Gestaltung einer gerechten Studienfinanzierung ein, die allen Menschen unabhängig vom Einkommen ein Studium ermöglicht. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) in seiner aktuellen Ausgestaltung reicht nicht aus, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Deshalb begrüßen wir, dass die neue Bundesregierung das BAföG öffnen und elternunabhängiger gestalten möchte. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Teilzeitstudierende BAföG beziehen können und der Freibetrag aufs eigene Konto auch für dual Studierende gilt.

Gebührenfreies Studium

Studiengebühren sind eine soziale Zugangshürde und verhindern Chancengerechtigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gebührenfreies Studium, damit der Besuch einer Hochschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Langzeitstudiengebühren abzuschaffen. Wir setzen uns für eine weitere Öffnung und mehr Diversität der Hochschulen ein, um die nach wie vor skandalöse Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Dazu gehört, dass mehr Menschen, insbesondere diejenigen, die nicht aus einer klassischen Akademiker*innenfamilie stammen, ermutigt und unterstützt werden, ein Hochschulstudium aufzunehmen.

4. Wir fordern einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte. Darin sollen Urlaubs- und Lohnerhöhungsansprüche geregelt sein. Außerdem muss es ein Ende von Kettenbefristungen geben.

Kettenbefristungen, Missachtung von Arbeitsrecht und keine Vertretung gegenüber Arbeitgeber*innen: studentische Hilfskräfte an unseren Hochschulen werden derzeit wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt. Der derzeitige niedersächsische Finanzminister als

Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder blockiert dabei aktiv die Forderung der Studierenden, nach Berliner Vorbild endlich einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte auszuhandeln. Wir unterstützen die Forderungen studentischer Hilfskräfte nach betrieblicher Mitbestimmung und einem Tarifvertrag. Hierzu streben wir auch landesweite Lösungen an, wenn eine bundesweite Einbeziehung in den Tarifvertrag scheitert.

Wer kluge Köpfe halten und fördern will, muss gute Arbeitsbedingungen gestalten und den Mitarbeiter*innen der Hochschulen Perspektiven bieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Es gilt, auch für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und den Mittelbau bessere Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft zu schaffen. Für Daueraufgaben müssen zukünftig auch Dauerstellen geschaffen werden. Deshalb wollen wir die Hochschulfinanzierung dahingehend reformieren, dass verbunden mit konkreten Entfristungszielen stärker dauerhafte Stellen finanziert werden. Die beruflichen Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses wollen wir durch neue akademische, u. a. familienfreundlichere Karrieremodelle auch für den Mittelbau stärken. Im Bundesrat wollen wir uns für eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) einsetzen, um Befristungsmissbrauch zu verhindern. Gerade die fehlende Vereinbarkeit von Familiengründungen und einer Karriere in der Wissenschaft hält momentan noch immer viele Frauen davon ab, in der Wissenschaft zu bleiben. Hier wollen wir vor allem mit sicheren Arbeitsverhältnissen, einer ausreichenden Finanzierung von betrieblicher Kinderbetreuung und festen Bleibeperspektiven für Beschäftigte gegensteuern.

5. Die Kosten für die lokalen und das landesweite Semester Ticket stellen den mit Abstand größten Anteil an den studentischen Beiträgen dar. Um die ohnehin finanziell schlecht gestellte Gruppe der Studierenden zu entlasten, fordern wir die Implementierung einer Förderung dieses Tickets durch das Land.

Junge Menschen in Niedersachsen sollen für wenig Geld mobil sein können. Der Weg zur Schule oder Berufsschule, aber auch zur Ausbildungsstätte oder in die Dienststellen der Freiwilligendienste soll nichts zusätzlich kosten. Die Fahrtkostenerstattung weiten wir deshalb auf Schüler*innen der Sekundarstufe II und auf Auszubildende aus. Mit einem landesweit gültigen Sozialticket zum Preis von 365 Euro pro Jahr machen wir in einem ersten Schritt Auszubildende, Schüler*innen, Menschen mit geringem Einkommen und Freiwilligendienstleistende mobil. Allen, die keinen Anspruch auf ein 365-Euro-Ticket haben, wollen wir ein landesweit gültiges kostengünstiges Klimaticket anbieten.

SPD:

1. Das Niedersächsische Hochschulgesetz

Wie selten zuvor steht die Wissenschaft derzeit im öffentlichen Interesse. Dies gilt sowohl für die Corona-Krise als auch für den stattfindenden Transformationswandel in den Bereichen Klima, Digitalisierung und Demografie. Mehr noch als zuvor sind Brücken zu schlagen zwischen Forschung und Gesellschaft. Gleichzeitig aber benötigen die Hochschulen Autonomie und reklamieren das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit für sich. Hierzu brauchte es einen veränderten gesetzlichen Rahmen mit neuen Spielräumen. Deshalb wurde das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) reformiert. Im Rahmen dieser Anpassung an die modernen Herausforderungen haben wir bereits viel erreicht, was aber selbstverständlich nicht heißt, dass nicht noch mehr möglich ist, als das mit dem aktuellen Koalitionspartner möglich war. Das NHG ist schließlich nicht in Stein gemeißelt. Wir haben beispielsweise in der Wahlperiode 17 unter Rot-Grün Studiengebühren abgeschafft und den Ausbau der demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ins Zentrum der Novellierung gestellt. Gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner konnten wir die Beteiligungskultur an den niedersächsischen Hochschulen stärken und für Studierende mehr Mitsprachemöglichkeiten in den Gremien geschaffen. Mit der CDU konnte das in dieser Legislaturperiode leider nicht weiter ausgebaut werden. Wir werden in Regierungsverantwortung nach der Wahl kontinuierlich prüfen, was und wie wir die Situation an niedersächsischen Hochschulen weiter verbessern können.

In unseren Anträgen in der letzten Wahlperiode haben wir beispielsweise den § 7 des NHG in den Blick genommen. Wir haben hier die Kostenfreiheit der Teilnahme an Studienorientierungsverfahren sowie an den ergänzenden Kursen festgelegt. Das Orientierungsverfahren soll der Beratung von Studierenden dienen und natürlich auch Studienabbrüche zu vermeiden helfen. Das Ergebnis dieses Verfahrens hat übrigens keine Auswirkungen auf den Hochschulzugang.

In § 68 stellen wir außerdem klar, dass Studentenwerke unbeschadet ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung zugunsten von Studierenden auch Kinder von Nichtstudierenden aufnehmen können, um im Interesse der wirtschaftlichen Stärkung und Auslastung ihrer Einrichtung Finanzhilfe nach dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz in Anspruch nehmen zu können.

Nun könnten wir noch mehr Dinge aufzählen, die mit der NHG-Novelle in den Blick genommen wurden und zu Verbesserungen der Situation an den Hochschulen geführt haben. Aber wir wollen mit der Beantwortung des Forderungskatalogs den Blick vor allen Dingen auf die Zukunft richten, weil dieser Katalog sich ebenfalls auf die Zukunft der Hochschulpolitik beschränkt. So wollen wir bei der studentischen Mitbestimmung prüfen, wie wir diese in Zukunft noch weiter stärken können. Wir werden nach der Wahl aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen weiter steigern und dafür u. a. die Zahl der Professuren merklich erhöhen. Das kommt selbstverständlich auch den Student*innen zugute, die dadurch ein besseres und breiteres Angebot vorfinden werden. Zudem werden wir uns für einen bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einsetzen und alternativ, sollte sich dieser nicht umsetzen lassen, einen Tarifvertrag auf Landesebene aushandeln. Um Studierenden auch während des Pflichtpraktikums finanzielle Sicherheit zu geben und ihnen eine gerechte Entlohnung zu bieten, führen wir den Mindestlohn für Pflichtpraktika ein. Daneben wollen wir, genauso wie ihr es in Eurem Forderungskatalog formuliert, die Langzeitstudiengebühren abschaffen. Das steht so auch in unserem Regierungsprogramm. Die Einführung des Mindestlohns hilft auch Studierenden, denn die Student*innen sind eine Gruppe, die stark davon profitieren, weil viele Minijobs bislang unter 12 Euro liegen. Wenn Student*innen momentan einen Minijob haben, dann profitieren auch die Studierenden von der 300 € Energiepauschale. Rund 75 % der Student*innen haben einen Nebenjob. Der Bund hat gerade das Bafög erhöht, was wir in Niedersachsen selbstverständlich begrüßen. Außerdem wurden die Freibeträge um fast 21% angehoben, die Altersgrenze von 30 auf 45 erhöht, knapp 6 % die Beträge erhöht. Da die Inflation die Wirksamkeit der Maßnahmen jetzt erheblich schmälert, werden wir uns in Niedersachsen dafür einsetzen, dass in Zukunft noch etwas mehr kommt und Student*innen weiter entlastet werden.

2. Finanzierung der Hochschulen

Wir bekennen uns ausdrücklich zur staatlichen Verantwortung für die Hochschulen und werden die Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen sicherstellen. Die staatliche Finanzierung der Hochschulen ist eine unverzichtbare, wesentliche Ressource, die das hohe Gut der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre materiell und ideell sicherstellt. Die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Lehre zu gewährleisten geht nur dann, wenn die Hochschulen eine auskömmliche und konjunkturunabhängige Grundfinanzierung für Forschung und Lehre mit einer breit gefächerten Themenvielfalt und die Ermöglichung kritischer Wissenschaft haben, mit der sie langfristig und

nachhaltig planen können. Zu einer auskömmlichen Grundfinanzierung gehört für uns auch, dass die Tarifsteigerungen vorbehaltlos und vollständig in den Mittelzuweisungen an die Hochschulen berücksichtigt werden. Die SPD Niedersachsen wird auch zukünftig ein verlässlicher Partner an der Seite der Hochschulen sein.

Wir wollen mit einer landeseigenen Hochschulentwicklungsgesellschaft einen langfristig angelegten Zukunftsplan für die niedersächsischen Hochschulen realisieren. Damit soll die Finanzierung der dringend notwendigen Hochschulinvestitionen in Niedersachsen sichergestellt werden – möglichst unabhängig von Kassenlage und konjunkturellen Schwankungen. Das zeigt eine solide Alternative zu Sparhaushalten und kostspieligen öffentlich-privaten Partnerschaften auf.

2. Förderung der Studentenwerke

Wir wollen selbstverständlich die bestmögliche Unterstützung für die Studentenwerke und sie bei der Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung und beim Ausbau einer sozialen Infrastruktur unterstützen. Dazu gehören für uns u. a. die Schaffung studentischen Wohnraums, die Kinderbetreuung und die psychosoziale Fürsorge für Studierende. Im Jahr 2023 erhöht sich die Finanzhilfe für die Studentenwerke um 1 Mio. Euro, was ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. In der NHG-Novelle haben wir zudem in § 68 klargestellt, dass Studentenwerke unbeschadet ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung zugunsten von Studierenden auch Kinder von Nichtstudierenden aufnehmen können, um im Interesse der wirtschaftlichen Stärkung und Auslastung ihrer Einrichtung Finanzhilfe nach dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz in Anspruch nehmen zu können. Wir werden nach der hoffentlich erfolgreichen Wahl prüfen, in welchem Rahmen wir die Studentenwerke weiter unterstützen können. Über ein Sofortprogramm werden wir direkt nach der Wahl den Studierenden unter die Arme greifen und die Mensa-Preise und die Mieten in den Studentenwohnheimen stabil halten. Das Programm wird insgesamt ein Volumen von 30 Millionen Euro haben.

4. Gute Arbeitsbedingungen für studentisch Beschäftigte

Gute Arbeitsbedingungen sind uns nicht nur bei den Student*innen im Land wichtig, das haben wir in Frage 1 bereits ausgeführt (s.o). Wir wollen die Prinzipien von Guter Arbeit für alle Menschen in Niedersachsen schaffen und gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglichen. So haben wir es ebenfalls in unserem Regierungsprogramm formuliert.

5. Mobil durch das Land -landesweites Semesterticket

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass wir unsere Studierenden in diesen schweren Zeiten bestmöglich unterstützen werden. Das gilt selbstverständlich auch in Bezug auf die Mobilität. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verwaltungskostenbeiträge wegfallen und das Semesterticket dementsprechend günstiger für die Studentinnen und Studenten wird.

Ihr sprecht die Azubis dankenswerter Weise mit an: Wir von der SPD Niedersachsen setzen uns beispielsweise für die Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Angebots für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe ein und streben an, dass diese Tickets ebenso gültig sind für (schulische) Azubis, Bundesfreiwilligendienstler*innen und FSJler. Sodass wir es schaffen nach der Einführung des regionalen Schülerinnen- und Schüler- sowie Azubi-Tickets ein landesweites Ticket auf den Weg zu bringen, dass allen Schülerinnen und Schülern, Azubis und Freiwilligendienstleistenden zugutekommt.

CDU:

Niedersachsen ist Wissenschafts- und Forschungsland. Die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Hochschulen sind uns dabei eine besonders schützenswerte Maxime, die wir mit der Hochschulgesetzesnovelle 2022 nochmals untermauert haben. Hochschulen in Niedersachsen sind Orte offener Debatten und klarer Haltungen – weltoffen, tolerant und kritisch. Forscherinnen und Forscher aus allen Teilen der Welt sollen hier forschen und lehren und bestmögliche Bedingungen vorfinden. Ob Digitalisierung, Internationalisierung, eine verstärkte Interdisziplinarität an den Hochschulen oder über Hochschulstandorte hinaus – wir brauchen auch in Zukunft die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung, Wissenstransfer und Lehre an unseren Hochschulen. Hochschulen sind ein Raum des offenen Austausches von Ideen und Konzepten, von freier Forschung und Lehre. Jedem Versuch, diesen Raum politisch einzuengen, werden wir uns mit ganzer Kraft widersetzen. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften bedarf es Maß und Mitte, um den offenen Dialog innerhalb der Hochschule, aber auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu unterstützen und einen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sicherzustellen.

Antisemitismus, Rassismus und allen Arten von Diskriminierung treten wir hierbei entschieden entgegen.

Wir stärken die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen. Dies soll durch eine stabile Grundfinanzierung gewährleistet werden. Aufbauend auf der Potenzialanalyse der niedersächsischen Hochschulen wollen wir die strategische Entwicklung begleiten und gemeinsam einen neuen Hochschulentwicklungsvertrag aushandeln. Wir bekennen uns klar zur Hochschulautonomie, ihre Entscheidungsspielräume werden wir erweitern. Außerdem werden wir Hochschulen in Zukunft auch für Studierende in Online-Studiengängen die vollen Studienqualitätsmittel gewähren. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir bereits frühzeitig im Studium Qualifizierungsangebote im Bereich Entrepreneurship anbieten, um den Gründungsgedanken zu fördern, und in den wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Studiengängen Wahlpflichtangebote für Entrepreneurship schaffen. Zudem werden wir für Studentinnen und Studenten, die während des Studiums gründen wollen, die Studienzeit flexibilisieren, insbesondere Möglichkeiten für eine Auszeit bzw. ein Teilzeitstudium schaffen.

Studentenwerke sind ein essenzieller Bestandteil der Hochschullandschaften und leisten einen unverzichtbaren Anteil in Sachen Wohnungsbau, Mensen oder Beratungsangebote für Studentinnen und Studenten. Daher werden wir die Schaffung von Wohnraum in den Hochschulstädten stark vorantreiben, damit Studentinnen und Studenten während ihres Studiums vor Ort leichter Wohnraum erhalten. Wir unterstützen dabei ausdrücklich die Arbeit der Studentenwerke. Außerdem werden wir gemeinsam mit den Studentenwerken die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Studentinnen und Studenten weiterentwickeln.

Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir unser Land nach vorne bringen. Deshalb haben wir zunächst in einem ebenso intensiven wie interaktiven Prozess Ideen mit unseren Mitgliedern, mit Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen ausgetauscht. Dafür sind wir sehr dankbar. Am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag in Lingen haben wir unser Regierungsprogramm abschließend beraten und beschlossen. Nun freuen wir uns, dass wir allen Niedersächsischen und Niedersachsen mit unserem Programm ein zukunftsgewandtes und innovatives Angebot für die kommenden fünf Jahre machen können